

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1932

414 (6.9.1932) Morgenausgabe

Badische Presse

und
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens

Karlsruhe, Dienstag, den 6. September 1932

Staatsum und Verlags von
:: Ferdinand Ziergarten ::
Verantwortlich: Für Politik:
H. Rimmia; für badische Nachrichten:
Dr. C. Schenck; für Kommunalpolitik:
R. Binder; für Kofales und Sport:
H. Heberauer; für das Kunst- und
Musik: für Ober und Konzert:
G. H. Biele; für den Handel:
G. H. Biele; für die Anzeigen: Ludwig
Reindl; alle in Karlsruhe (Baden).
Verleger: Dr. Kurt Metzger.
Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054.
Hauptgeschäftsstelle: Kaiserstraße
Nr. 80a. — Postcheckkonto: Karlsruhe
Nr. 5359. — Belegungen: Roman-
zeitung / Literarische Umschau / Roman-
zeitung / Sportblatt / Frauen-Zeitung /
Reise- u. Wäber-Zeitung / Landwirtschaft,
Gartenbau / Karlsruher Betriebs-Zeitung.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Öffentliche Arbeiten und Belegung der Privatwirtschaft / Steuergutscheine und Beschäftigungsprämie.
Lohnminderungsrecht bei Belegschaftsvermehrung / Weitererhebung der gekürzten Bürgersteuer.

Berlin, 5. Sept. Ueber die neuen Wirtschaftsmaßnahmen der Reichsregierung, die in die Form von Verordnungen des Reichspräsidenten bzw. der Reichsregierung gekleidet sind, gibt die Reichsregierung eine 34 Schreibmaschinenseiten lange amtliche Mitteilung heraus. Diese befaßt u. a.:

Alle leitenden Bemühungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben keinen durchgreifenden Erfolg gehabt. Die Reichsregierung mußte sich daher zu weitreichenden und einschneidenden Maßnahmen entschließen. Die Kampf gegen die Arbeitslosigkeit soll neben anderen in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen die Verordnung vom 4. September 1932 dienen.

Die bisherigen Erfahrungen haben ergeben, daß eine noch so große Ausweitung der öffentlichen Aufträge für sich allein niemals ein solches Maß an Arbeit schaffen kann, wie es zur wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erforderlich ist.

Neben einer Erweiterung des Programms der öffentlichen Arbeiten müssen deshalb wirksame Maßnahmen zur Belegung der Privatwirtschaft treten.

Alle Maßnahmen der Regierung haben den Zweck, die wirtschaftliche Not des deutschen Volkes nach Kräften zu beheben und zu lindern. Dieses Ziel würde nicht erreicht werden, wenn die zu ergreifenden Schritte im späteren Verlauf zu wirtschaftlichen Rückschlägen führen könnten. Deshalb muß alles vermieden werden, was die Stabilität der Währung beeinträchtigen könnte. Die wirtschaftlichen Bestimmungen der Verordnung sind in enger Zusammenarbeit mit der Reichsbank ausgearbeitet worden.

Die Verordnung gewährt der Wirtschaft nur dort Erleichterungen, wo eine unmittelbare Belegung der Produktion und damit des Arbeitsmarktes mit Sicherheit zu erwarten ist. Bei der jetzigen Wirtschaftslage gilt es, den nach Erreichung des Tiefstandes der Krise zu erwartenden natürlichen Aufschwung der Wirtschaft vorzubereiten. Hierzu dient zunächst das umfassende Programm für die Übernahme öffentlicher Arbeiten, das mit der neuen Verordnung verbunden ist. Es kann auf einen Gesamtaufwand der öffentlichen Stellen für solche Zwecke von nahezu dreieinhalb Milliarden Reichsmark in den nächsten Monaten gerechnet werden.

Die Beschäftigungsprämie, zu der sich die Regierung trotz mancher Bedenken entschlossen hat, wird besonders den kleineren mit mittleren Betrieben zugute kommen. Sie bietet einen starken Anreiz auf erweiterte Einfuhr der Kurzarbeit und bedeutet endlich eine sehr fühlbare Entlastung aller öffentlichen Haushalte, besonders der der Gemeinden, von den Kosten der Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung. Die vorgesehenen Steuererleichterungen, die sich nicht auf Einkommen- und Vermögenssteuern, sondern ausschließlich auf unmittelbar aus der Produktion gezogenen Steuern beziehen, sollen die Voraussetzungen dafür schaffen helfen, den Umfang der Produktion zu erhöhen und die Arbeitsgelegenheit zu vergrößern. Die Befreiung der Beförderungssteuer für ein Jahr wird sich in voller Höhe in zusätzlichen Aufträgen der Reichsbahn auswirken. Die Wälderung der Umsatzsteuer wird nur deshalb gewährt, weil diese Steuer nur diejenigen trifft, die Umsätze machen und dadurch die Erzeugung fördern.

Die Herabsetzung der Grundsteuer — neben der Bereitstellung von bis zu 50 Millionen RM. als Zuschuß zu Reparaturen für den Hausbesitz — soll in erster Reihe dazu dienen, die finanziellen Voraussetzungen für die Wiederherstellung der seit Jahren stark vernachlässigten städtischen und ländlichen Gebäude zu schaffen. Die Rückvergütung auf Gewerbesteuren endlich bedeutet eine stark wirksame Entlastung der Produktion.

Die für ein Jahr gewährten Steuererleichterungen sind ein Vorgriff auf die Steuererträge künftiger Jahre. Es ist damit zu rechnen, daß die Steuererträge nach Überwindung der Wirtschaftskrise reichlicher fließen werden und daß dann die geplante Reform sich in einer weitestgehenden Senkung der Ausgaben ausgewirkt haben wird.

Von der Privatwirtschaft wird erwartet, daß sie durch Vergabe von Reparaturaufträgen, Durchführung privater und öffentlicher Arbeiten und sonstige zusätzliche Produktion die Arbeitsmöglichkeiten bald und erheblich steigert. Dazu bedarf sie in den meisten Fällen neuer zusätzlicher Kredite. Die Unterlage hierfür bieten die Steuergutscheine. Diese werden deshalb zum Lombard bei der Reichsbank zugelassen. Sie werden darüber hinaus aber auch als Unterlage für zusätzlichen Diskontkredit bei den Banken und bei der Reichsbank dienen. Ferner werden sie an den Börsen gehandelt werden.

Der Hilfe für den gewerblichen Mittelstand dienen auch die Bestimmungen der Verordnung, nach denen

erhebliche Beträge für langfristige Kredite an mittlere und kleinere Betriebe sowie für gewerbliche Kreditgenossenschaften und Konjunkturgenossenschaften, die das Depositionsgeschäft betreiben, zur Verfügung gestellt

werden. Für die Landwirtschaft dient der mittelbaren Entlastung die Ausgabe von Steuergutscheinen in Höhe von 40 v. H. des Steuerbetrages bei der Grundsteuer und die Aufhebung der Umsatzsteuer für pasteurisierte Milch. Darüber hinaus soll der grundsätzliche Beschluß der Anwendung von Kontingenteilen mit größter Beschleunigung erfolgen. Es wird mit den hauptbeteiligten Ländern in Verbindung getreten werden. Ferner wird auf eine fühlbare Ermäßigung der Zinslasten hingearbeitet. Dies gilt nicht nur für den Personal-, sondern auch für den Realzins. Diese Maßnahmen müssen schnell in Gang kommen, da gegenwärtig 60 v. H. des Kleinbesitzes, 70 v. H. des Mittelbesitzes und 80 v. H. des Großbesitzes ihre Zinsen aus der Substanz leisten.

Die in der Verordnung zusammengefaßten Maßnahmen stellen den Anfang einer umfassenden, auf Verminderung der Arbeitslosigkeit gerichteten Wirtschaftspolitik dar. Sie sollen in gerechter und besonders die sozialen Gesichtspunkte sorgfältig berücksichtigender Weise durchgeführt werden. Sie bedürfen deshalb zahlreicher Durchführungsbestimmungen.

Zu den einzelnen Abschnitten der Verordnung ist folgendes zu bemerken:

Entlastung der Wirtschaft.

Die amtliche Verlautbarung weist zunächst darauf hin, daß eine solche Entlastung der Wirtschaft schon in den Programmen früherer Regierungen angekündigt, aber niemals verwirklicht, meist sogar in ihr Gegenteil verkehrt worden ist.

Eine sofortige Herabsetzung der Steuern war nicht möglich.

Der Ausgleich zwischen den Interessen der öffentlichen Hand und denen der Wirtschaft ist durch das

System der Steuergutscheine

gefunden worden. Solche Steuergutscheine erhält jeder, der in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis zum 1. Oktober 1933 gewisse Steuern zahlt. Sie können in den Jahren 1934/35 für Reichssteuern in Zahlung gegeben werden. Gleichzeitig bieten sie mit sofortiger Wirkung geeignete Kreditunterlagen für neue Geschäfte. Als Maßstäbe für die Auszahlung von Steuergutscheinen sind die Umsatzsteuer und die Realsteuern zugrunde gelegt worden.

Steuergutscheine sollen in Höhe von 40 v. H. in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis zum 30. September 1933 fällig gewordenen und entrichteter Umsatzsteuer, Gewerbesteuer und Grundsteuer gegeben werden. Wer also in der fraglichen Zeit 1000 RM. Umsatzsteuer, 200 RM. Grundsteuer und 400 RM. Gewerbesteuer

zahlt, bekommt 640 RM. Steuergutscheine. Ist ein Steuerpflichtiger zu dem Zeitpunkt, in dem der Anspruch auf Ausgabe eines Steuerguthes entfällt, mit Steuern im Rückstand, so kann die Finanzkasse den auszugebenden Steuerguthes zurückbehalten und als Sicherheit im Sinne der Reichsabgabenordnung verhandeln. Näheres werden die Durchführungsbestimmungen ergeben. Die Einbeziehung der Hauszinssteuer konnte mit Rücksicht auf die vorjährige Regelung (Ablösung) nicht mit als Maßstab gewählt werden. Dadurch rechtfertigt sich die Gleichstellung der Grundsteuer mit der Gewerbesteuer. Gewerbesteuern sind die vom stehenden Gewerbe erhobenen Steuern, die Steuer vom Wandelager und Wandergewerbe scheiden aber aus. Grundsteuern sind die Steuern, die vom Grundbesitz in Form einer einheitlichen Steuer oder einer einheitlichen Grundsteuer oder Haussteuer erhoben werden.

Die Beförderungssteuer ist im gegenwärtigen Haushalt mit 208 Millionen RM. eingestellt; es ist aber nur mit einem Aufkommen von nicht viel mehr als 170 Millionen RM. zu rechnen. In dieser Höhe wird die Reichsbahn in die Lage versetzt, Aufträge zu vergeben. Entsprechende Vereinbarungen sind mit der Reichsbahn getroffen. Bei der Beförderungssteuer sollen im vollen Betrage Steuergutscheine ausgeben werden.

Den Gesamtbetrag der auszugebenden Steuergutscheine kann man mit 1522 Millionen RM., also mit etwa über 1 1/2 Milliarden annehmen.

Die Steuergutscheine werden von der Finanzkasse des Finanzamtes, das für die Besteuerung nach dem Umsatzsteuergesetz zuständig ist, oder, wenn zwar keine Umsatzsteuer aber Grundsteuer zu zahlen ist, von der Finanzkasse des Wohnortes oder von der Finanzkasse der Geschäftsleitung auf Antrag des Steuerpflichtigen ausgegeben. Der Antrag muß bis zum 31. März 1934 gestellt sein. Soweit den Finanzämtern die Erhebung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer nicht obliegt, haben die für die Erhebung dieser Steuer zuständigen Kassen dem Steuerpflichtigen am Ende eines jeden Kalendermonats die Beträge anzuzeigen, für die Steuergutscheine ausgegeben werden können. In Fällen von Steuerrückständen kann die Erhaltung von gegen die Rückgabe des entsprechenden Steuerguthes erfolgen. Das einzelne ist in der Verordnung geregelt.

Die Steuergutscheine lauten auf den Inhaber. Sie werden in Beträgen von 50, 100, 200, 1000, 10 000 und 20 000 Reichsmark ausgegeben.

Bei geringeren Ansprüchen werden die entsprechenden Scheine von 10 und 20 Reichsmark nach Ablauf des in Betracht kommenden Jahres, also erst nach dem 30. September 1933, ausgegeben.

Die Ausgestaltung erfolgt in der Weise, daß der Schein zunächst auf den Gesamtbetrag, also z. B. 1000 Reichsmark, lautet und daß im Hinblick darauf, daß dieser Steuerchein 1934/35 in Höhe von je einem Fünftel der Reichsteuerzahlungen in Zahlung gegeben kann, fünf Scheine über je ein Fünftel des Gesamtbetrages (also bei 1000 Reichsmark Gesamtbetrag je 200 Reichsmark Teilbetrag) angeheftet sind. Der Teilchein kann stets nur noch mit dem Hauptschein bei dem Finanzamt zur Einlösung eingereicht werden. Dieses schneidet dann den betr. Schein ab. Die Steuergutscheine können von 1934 ab in Höhe von je einem Fünftel für alle Reichssteuern, weiter aber auch für die Zölle und für die Verbrauchssteuer in Zahlung gegeben werden. Ausgeschlossen ist nur die Einkommensteuer. Das Agio beträgt 4 v. H. Selbstverständlich gilt das Agio nur für die jeweils in einem Jahre in Zahlung zu gebende Transche eines Steuerguthes. Auch die Möglichkeit der Veräußerung von Steuerguthes kann volkswirtschaftlich bei der Abzahlung von Inlandschulden wichtig sein. Die Reichsregierung wird in den Durchführungsbestimmungen weitgehende Ermächtigungen erhalten und danach auch die Möglichkeit haben, erforderlichenfalls allgemein oder für Gruppen einen Verwendungszwang vorzulegen, um ein planloses Werfen von Steuerguthes auf den Markt zu verhindern. Inhaftungsansprüche von Steuerguthes sollen börsenumsatzsteuerfrei sein, auch Bankstempel oder Gemeindefestempel oder dergleichen dürfen nicht erhoben werden.

Konferenzbeginn in Stresa.

M. Stresa, 5. Sept. Der auf Grund eines Beschlusses der Lausanner Konferenz gebildete Ausschuß für Zentral- und Ost-Europa ist am Montag um 15.30 Uhr in Anwesenheit von Vertretern sämtlicher eingeladenen Länder und des Völkerverbundes unter dem Vorsitz seines Präsidenten Georges Bonnet in Stresa am Lago Maggiore zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten.

Der Präsident eröffnete die Sitzung mit dem Wunsch, daß die Konferenz dem Weltfriedensfrieden in Europa zum Segen gereichen möge. Darauf legte Bonnet den Antrag Italiens vor, an den Konferenzarbeiten teilzunehmen. Der deutsche Vertreter Folse wies darauf hin, daß die Bewilligung dieses Antrages einen Präzedenzfall schaffen würde. Der italienische Abordnungsführer de Michelis schloß sich diesem Bedenken an. Auf Vorschlag Bonnets wurde der Vertreter Italiens ausschließlich als Beobachter zugelassen.

Der Präsident umriß dann kurz das Konferenzprogramm, wie es in Lausanne den Richtlinien nach festgelegt wurde. „Wenn wir“, so schloß Bonnet seine kurzen Ausführungen, nicht zu einer befriedigenden Einigung kommen, dann wird die internationale Weltwirtschaftskonferenz unter einem düsteren Stern stehen. Wir erwarten keine Wunder, aber den guten Willen und die politische Klugheit aller Nationen, die vertreten sind.

De Michelis dankte im Namen Italiens für die Begrüßungsworte des Präsidenten. Zur Abtägung der Konferenz und zur Auflosung der Konferenz wurde beschlossen, die Denkschriften der einzelnen Staaten nicht zu verlesen, sondern nur schriftlich einzureichen.

Am Dienstag um 10.30 Uhr beginnt die Aussprache.

Der Bericht des Mandschurei-Ausschusses unterzeichnet.

* Peking, 5. Sept. Der Bericht des Mandschurei-Ausschusses des Völkerverbundes wurde nach neunmonatiger Untersuchungsarbeit am Sonntag vormittag auf dem Ballon des deutschen Krankenhauses in Peking unterzeichnet. Der Bericht ist etwa 400 Seiten lang und enthält über 100 000 Worte. Anschließend an die Unterzeichnung wurde der Ausschuß aufgelöst. In ein

Abzug des Berichtes wurde der chinesischen und der japanischen Regierung in verschlossenen Umschlägen überreicht, die erst geöffnet werden sollen, wenn das Original in Genf eingetroffen ist. Vorläufig befindet sich das Original noch in Peking, da noch keine Entscheidung über die schnellste Beförderungsmöglichkeit getroffen worden ist. Lord Ritton erklärte, daß der Bericht einstimmig gefaßt sei.

Italien erkennt die deutsche Forderung an.

Rom, 5. September. Von zuständiger amtlicher Stelle wird die deutsche Gleichberechtigungsforderung für rechtlich unanfechtbar erklärt. Da nun die Abrüstungsverhandlungen wieder beginnen, hält Italien Genf für den geeigneten Verhandlungsort für diese deutsche Forderung.

Die Stahlhelmführer beim Kanzler.

Berlin, 5. Sept. Der Reichskanzler empfing heute in Anwesenheit des Reichswehrministers die Bundesführer und andere Mitglieder des Stahlhelms. An dem Empfang schloß sich ein Frühstück an.

Die vom Saargebiet zum 13. Reichsfrontsoldatentag nach Berlin entsandten Mitglieder des Stahlhelms wurden um 16 Uhr in der Reichskanzlei dem Reichskanzler vorgestellt.

Der „Ueberfall“ von Oppeln.

M. Oppeln, 5. Sept. Das Polizeipräsidium teilt mit: Die Untersuchungen des angeblichen Feuerüberfalls auf den beim polnischen Generalkonsulat diensttuenden Schupo-Beamten haben ergeben, daß der Beamte in einem Anfall von Gemütsdepression sich den Schuß selbst beigebracht hat.

Die Beschäftigungsprämie.

Um die Unterstützungsempfänger wieder zu Lohnempfängern zu machen, hat die Verordnung des Reichspräsidenten im Zusammenhange mit dem Steuernachlaß eine Beschäftigungsprämie ausgesetzt. Ein Arbeitgeber, der in dem Wirtschaftsjahr vom 1. Oktober 1932 bis 30. September 1933 im Durchschnitt eines Kalenderjahres mehr Arbeitnehmer beschäftigt als im Durchschnitt der Monate Juni, Juli und August 1932 erhält für jeden Arbeitnehmer über die frühere Bestandzahl hinaus, den er ein Vierteljahr lang beschäftigt, die Entschädigung von 100 RM. Die Entschädigung wird durch Ausstellung eines Steuerbescheides mit einem entsprechenden Betrage gewährt.

Das Reich wird für die Gewährung von Beschäftigungsprämien 700 Millionen RM. bereitstellen. Werden die Mittel für die Beschäftigungsprämien ganz ausgeschöpft, dann haben 1932/33 etwa 1 1/2 Millionen Arbeiter und Angestellte durch werkschaffende Arbeit Brot verdient. Die Gefahr eines Mißbrauches verkennt die Reichsregierung keineswegs.

Sozialpolitische Maßnahmen.

Im zweiten Teil der Verordnung wird die Regierung beauftragt, im Hinblick auf die gegenwärtige Not des deutschen Volkes zur Erhaltung der sozialen Fürsorge und zur Erleichterung von Wirtschaft und Finanzen die sozialen Einrichtungen zu vereinfachen und zu verbilligen. Die Reichsregierung wird ermächtigt, auf bestimmten Gebieten das soziale Recht in seinen Formen und Grenzen so zu gestalten, wie es der wirtschaftliche Notstand und das soziale Bedürfnis, das Gebot der Einfachheit und Sparsamkeit erfordern. Das Mißtrauen gegen diese Ermächtigung ist nicht gerechtfertigt. Für die Richtung in der Sozialpolitik ist der Wille maßgebend, den der Reichspräsident am 30. August in Neubredlung geäußert hat.

„Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft soll gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleiben.“

Die Reichsregierung hält sich an den Grundsatz, daß die Freiheit der Wirtschaft ihre Grenze findet in der sozialen Mission des Staates, besonders im Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Sie verschließt aber nicht die Augen vor der unaufhörlichen Wechselwirkung zwischen Wirtschaft und Sozialpolitik. Der Tarifvertrag bleibt in seinen begrifflichen Merkmalen unberührt. Damit ist aber vereinbart eine gewisse Bewegungsfreiheit im räumlichen und beruflichen Geltungsbereich, besonders mit Rücksicht auf das Schwergewicht der örtlichen Verhältnisse und die besonderen Bedürfnisse eines Gewerbezweiges oder wegen des in einem Betriebe aufgetretenen Notstandes. Auch die Arbeitslosenhilfe kann einfacher geregelt werden.

Jedenfalls scheint die Dreiteilung der Unterstützung keine durch die Natur der Dinge auferlegte Notwendigkeit zu sein.

Die Verordnung gibt der Reichsregierung die Ermächtigung, die vertretbaren Forderungen auf sozialpolitische Reformen zu berücksichtigen.

Lockerung des Tarifrechts.

Von der Ermächtigung hat die Reichsregierung in einer Verordnung im Anschluß an die Verordnung des Reichspräsidenten für das Gebiet des Tarifvertrages sofort Gebrauch gemacht. Die Vollzugsverordnung ermächtigt die Arbeitgeber, wenn er die Zahl seiner Arbeitnehmer vermehrt, die Tariflöhne verhältnismäßig zu mindern. Sie ermächtigt außerdem den Schlichter für Betriebe, die besonders gefährdet sind, den Tariflohn innerhalb eines festgesetzten Spielraumes zu erniedrigen. Voraussetzung der ersten Maßnahme ist, daß der Arbeitgeber die Belegschaftsziffer gegenüber dem Stand vom 15. August oder dem Durchschnitt der Monate Juli bis August 1932 erhöht. In größerer Vermehrung ist, um so größer soll auch die Ermäßigung der tariflichen Löhne sein. Die Lohnermäßigung soll jedoch auf die Vergütung für die 31. — 40. Wochenarbeitsstunde beschränkt sein. In keinem Falle soll sie über die Hälfte der Vergütung für die 30. — 40. Stunde hinausgehen. Die Höchstgrenze wird erst bei einer Vermehrung der Belegschaft um ein volles Viertel erreicht.

Die Hundertfüße für die Vermehrung der Belegschaft und die Ermäßigung der Löhne sind derart bemessen, daß stets eine Vermehrung der gesamten Lohnsumme und damit eine Stärkung der allgemeinen Konsumkraft eintreten muß. Der Arbeitgeber, der von der Berechtigung zur Ermäßigung der tariflichen Lohnsätze Gebrauch machen will, hat dies der Belegschaft durch Aushang im Betriebe bekanntzugeben und darf dann ohne weiteres

wegs. Sie wird ihr in ausführenden und ergänzenden Vorschriften zu begeben wissen. Um des Zweckes willen und im Vertrauen auf den Erfolg der Maßnahmen, glaubt die Reichsregierung, die Gefahr des Mißbrauches in Kauf nehmen zu sollen.

Zwei weitere Einzelmaßnahmen betreffen die Herabsetzung der Steuererzeugnisse und die Umkehrsteuererleichterung für Milch.

Der Zuschlag für Steuererzeugnisse von 36 v. H. jährlich soll auf 24 v. H. jährlich herabgesetzt werden. Die Reichsregierung wird eine spätere nochmalige Senkung in Erwägung ziehen. Weiter ist von der Umsatzsteuer die Lieferung von Milch im Zwischenhandel befreit worden, soweit sie bisher steuerpflichtig war, falls sie einem nach dem Milchgesetz vorgeschriebenen Reinigungs-, Erhitzungs- oder Tiefkühlverfahren unterzogen wird.

Die Verordnung ermächtigt den Reichsminister der Finanzen für Instandhaltungsarbeiten an Wohngebäuden, für die Teilung von Wohnungen und für den Ausbau gewerblicher Räume zu Wohnungen Reichsbeiträge von 50 Mill. RM. zur Verfügung zu stellen.

von dem Beginn der nächsten Lohnwoche an, für Angestellte vom Beginn der nächsten Monatsälfte an die Lohn- oder Gehaltsermäßigung eintreten lassen. Selbstverständlich ist diese Berechtigung nur für Fälle gedacht, in denen tatsächlich eine echte Vermehrung der Arbeitsgelegenheit stattfindet. Wo es sich lediglich um Verschiebungen der Arbeit zwischen mehreren Betrieben handelt oder aus sonstigen Gründen der Zweck der Verordnung nicht erreicht wird, hat der Schlichter dem Arbeitgeber die Berechtigung zu entziehen. Auf Saisonbetriebe findet die Verordnung grundsätzlich keine Anwendung. Nur wo der Arbeitgeber über den saisonbedingten Stand hinaus seine Arbeitskräfte vermehrt, soll ihn der Schlichter zu entsprechenden Lohnermäßigungen ermächtigen können. Für landwirtschaftliche Betriebe soll für die Feststellung der neuen Arbeitsstärke jeweils vom dem entsprechenden Monat des Vorjahres ausgegangen werden. Sachbezüge bleiben außer Ansatz. Bei überwiegenen Sachbezügen können aber größere Abzüge vom Barlohn zugelassen werden.

Der zweite Abschnitt der Vollzugsverordnung trägt Sorge um die Aufrechterhaltung besonders notleidender Betriebe.

Der Schlichter wird ermächtigt, in Fällen, in denen die Weiterführung oder Wiedereröffnung durch die Tariflöhne gefährdet ist, Abschlüsse am Tariflohn zuzulassen. Der Schlichter wird dabei mit größter Vorsicht verfahren. Ueber 20 v. H. der Tariflöhne

Sonstige finanzpolitische Maßnahmen.

Die neue Verordnung ermächtigt die Länder, dem durch Verordnung vom 14. Juni 1932 vorgesehenen Ausgleichslohn aus dem Betrage von 672 Millionen Reichsgeldern zur Erleichterung der Wohnlasten der Gemeinden in Zukunft 20 v. H. (statt 10 v. H.) der Wohnlasten beihilflich zuzuführen.

Ferner werden die Gemeinden, die die Bürgersteuer für das Rechnungsjahr 1931 erhoben haben, ermächtigt, sie im letzten Viertel des Kalenderjahres 1932 auf der Grundlage der bisherigen Vorschriften in Höhe der Hälfte der Steuerlastes weiter zu erheben, mit dem sie für 1931 erhoben wurde.

Der Zuschlag für die Ehefrau soll jedoch in Zukunft wegfallen. Da jener die jetzigen Bürgersteuererträge noch auf dem Einkommen des Vorjahres beruhen sollen die Steuerbeträge um 25 v. H. gesenkt werden. Wer also als Lediger bisher dreimal sechs = 18 Mark zu zahlen hatte, zahlt für die Monate Oktober bis Dezember noch 6,75 Mark, ein Verheirateter statt bisher 3 mal 9 gleich 27 Mark für Oktober bis Dezember ebenfalls noch 6,75 Mark. Auch bei der Weitererhebung der Bürgersteuer für 1933 fällt der Zuschlag für die Ehefrau fort. Als Freigrenze gilt künftig der Betrag, den der Steuerpflichtige als Familienbeitrag im Falle der Bedürftigkeit als Unterstützung erhalten würde. Die Gemeindefürsorgeentschädigung wird für den Rest des Jahres nach der Rechnungsgrundlage des Aufkommens vom 1. August 1931 bis 30. Juni 1932 (bisher 1. August bis 31. Dezember 1931) verteilt.

Die Deutschen Rentenbankkreditanstalt, die im Zusammenhang mit der neueren Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes im gewissen Umfange steuerpflichtig geworden ist, bleibt mit rückwirkender Kraft steuerfrei.

darf die Lohnermäßigung in keinem Falle gehen. Die Verordnung tritt am 15. September 1932 in Kraft. Das Lohnminderungsrecht, das auf der Verneinung der Belegschaft beruht, fällt mit dem Schluß des Monats März 1933 weg.

Kreditpolitische Maßnahmen sind in den allgemeinen Ausführungen behandelt worden.

Die Not der Renteneempfänger. Briefwechsel zwischen Kirchenauschuß und Reichszankler.

M. Berlin, 5. Sept. In einem Schreiben an den Reichszankler geht der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenauschusses D. Dr. Kappler, auf die durch die jüngsten Kürzungen des Unterstützungsjahres verschärfte Not der Renteneempfänger ein. Vor allem in den Industriestädten hätten die evangelischen Pastoren im Norden und Süden des Reiches in ihrer seelsorgerischen Tätigkeit einen erschütternden Eindruck von der bis zur Un-erträglichkeit gesteigerten Not der verschiedenen Gruppen der Renteneempfänger. Verschiedene Kirchenkreise erwarten von der evangelischen Kirche, daß sie ausspreche, daß das, was jetzt noch gewährt werde, nicht mehr zum Leben ausreichte.

Eine südwestdeutsche Kirchenregierung habe den Kirchenauschuß gebeten, bei den zuständigen Stellen zwecks baldiger Verringerung der schreienden Not mit Entschiedenheit vorstellig zu werden. Die Anstrengungen seien überzeugt, daß derartige Entbehrenungen nur auf aller kürzester Zeit getragen werden könnten und auch nur dann, wenn alle Kreise unseres Volkes zu ähnlichen Opfern herangezogen würden. Der Präsident des Kirchenauschusses richtete an den Reichszankler die dringende Bitte, aus den Anträgen den Ruf zur Hilfe für die von bitterer Not betroffenen Volksteile zu nehmen und ihnen tunlichst bald Folge zu geben.

In seiner Antwort betonte der Reichszankler von Papen wie besonders schmerzhaft es für die Reichsregierung gewesen sei, daß sie sofort nach ihrem Amtsantritt die Bezüge der Sozialrentner und Kriegsbeschädigten habe herabmindern und hiermit die durch die früheren Notverordnungen bereits stark eingeschränkte Lebenshaltung der wirtschaftlich schwächsten Bevölkerungsteile habe noch weiter verschlechtern müssen. Die Reichsregierung habe sich zu diesem Schritt nur deshalb entschlossen, weil es zur Aufrechterhaltung der Fürsorge für die Sozialrentner und Kriegsbeschädigten in ihrer Gesamtheit keinen anderen Weg gegeben habe. Sobald sich aber die Wirtschaftslage bessere, werde die Reichsregierung prüfen, welche Härten der Notverordnungen gemildert werden könnten, und zwar werde versucht werden, den Aufbau und die Verwaltung der Sozialversicherung zu vereinfachen und zu verbilligen, um von den so beschränkten Mitteln möglichst viel für die Rentner frei zu machen.

Höchstgrenze für Dienstbezüge.

Die Verordnung ermächtigt die Reichsregierung, eine nicht überschreitbare Höchstgrenze für die Dienstbezüge eines Angestellten bei Unternehmen oder Körperschaften aufzustellen, die aus öffentlichen Mitteln Kredite, Bürgschaften oder sonstige finanzielle Beihilfen erhalten. Die Einhaltung der in der zweiten Gehaltsfürsorgeverordnung enthaltenen Höchstgrenze für die Bezüge von Angestellten und Arbeitern bei Ländern, Gemeinden und u. m. a. führt die Verordnung durch eine Besondere Bestimmung in der Hand der obersten Landesfinanzbehörden. Außerdem wird die vorstehend bezeichnete Höchstgrenze auch auf die Alters- und die Hinterbliebenenversorgung an der nichtbestehenden Arbeitnehmer bei Ländern, Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts ausgedehnt.

Sages-Anzeiger.

- (Näheres siehe im Anzeigenteil.)
Dienstag, den 6. September.
Sommer-Oberette — Konzerthaus: Die Dubarry, 20—28 Uhr.
Medienspiel: Frankenstein.
Gloria-Variante: Der Beyer.
Balladenschätze: Eine Nacht im Paradies.
Union-Theater: Madame hat Ausgaria. — Programm.
Schauburg: Der König ist tot. — Kabarett-Programm.
Mittelstandsbeamtenverein: Verfallmuna im Kaffeekomod. 16 Uhr.
Kaffee-Kabarett Roland: Madamitaas und abends Vorstellungen mit Brod seit.
Kaffee-Museum: Sonder-Koncert.

Die Gerhart Hauptmann-Ausstellung im Schlesiens Museum in Breslau.

Im Schlesiens Museum für Kunstgewerbe und Altertümer in Breslau wurde die Gerhart Hauptmann-Ausstellung feierlich eröffnet. Die unter dem Protektorat des Museumsdirektors Prof. Rainer steht und an der ein Kollektiv von Wissenschaftlern und Künstlern mitgewirkt hat. Ihr Sinn ist, anlässlich der Ehrungen zu Hauptmanns 70. Geburtstag mit optischen Mitteln den dichterischen Genius offenbar zu machen und einen einprägnanten Querschnitt durch das Leben des Dichters zu geben. Hauptmanns Werk wurde hier bis auf seine jüngsten Anfänge zurückgeführt. Die Ausstellung ist in acht Abteilungen gegliedert. Der erste Raum, der Schlesiens Wirtschaft im 19. Jahrhundert aufzeigt, soll den sozialen Hintergrund der dramatischen Werke Hauptmanns verdeutlichen. Die Wirtschaftsnot war es, die des jungen Dichters soziales Mittelglied weckte, aus dem in der Entwicklung sich auch das menschliche Mittelglied formte. So wird eine Brücke von dem Erfindungsraum „Vor Sonnenaufgang“ zu dem Drama des Alters „Vor Sonnenaufgang“ geschlagen. Raum zwei spricht von Abstammung und Familie. In der „Breslauer Zeitung“ vom 18. November 1862 liegt man folgendes Anzeige: „Heute mittag wurde meine Frau Marie, geb. Strähler, von einem gesunden Knaben glücklich entbunden. Salzbrunn, 15. November 1862. Robert Hauptmann.“ Dies geschah in dem dunklen Zimmer Nr. 7 im „Hotel zur preussischen Krone“ nahe am Kurplatz. Im „Fuhrmann Henrichel“ ist dieses Haus in die deutsche Literatur eingegangen.

Der nächste Raum zeigt die mystische Dichtung und die religiösen Bewegungen in Schlesiens von Martin Opitz und Jakob Böhme über Angelus Silesius und die Herrnhuter bis zu dem Naturphilosophen Fehner, dem Vorbild zu Emanuel Kant. Das Riesengebirge wird zur Wahlheimat des Dichters. Durch verstaubte Bauden, düstere Fichtenwälder, schroffe Felsformationen und die schwerwichtige Einleitend der Hochmoore ziehen mit wallenden Nebeln alte Volkslagen und Märchen: hier werden „die verluntene Glode“ und das Glashüttenmärchen: „Und Wippa tanzt“ geboren. Vom Geheimnis des Gebirges steigt Hauptmann hinab zu dem des Meeres, wo sich zwischen der rauschenden See und dem Schweigen der Dünen menschenschicksale entscheiden. „Gabriel Schillings Flucht“ findet auf Hiddensee ihr Ende.

Der nächste Raum zeigt den Dichter in Hellas und Italien. Eine Abteilung zeigt sein Werk in Verbindung mit der bildenden Kunst. Zeitdokumentarisch ist der Weber-Apparat von Raethe Kollwitz. Gerade Hauptmanns Märchen-Dramen zeichnen den illustrierenden Künstler, aber auch Malerei und Plastik traten in enge Beziehung zu dem Werk. Wir finden hier Namen, wie Bogeler-Worpswede, Liebermann, Corinth, Stevogt, Orlik, Erler. Ausdrücklich ist die Literatur von und um Hauptmann ausgeföhrt. Die Kritik kommt nicht zu kurz; den Karikaturen ist eine ganze Wand

vorbehalten. Eine Fülle von bibliophilen Kuriositäten, von Uebertragungen und kostbaren Karikaturen birgt dieser Raum, der zugleich einen Ueberblick über die Buchgeschichte der letzten Jahrzehnte gibt. Viel Interesse rufen auch die Manuskripte des Dichters mit den teils feinen, teils kraftvoll-unruhigen Schriftzügen hervor.

Der größte Raum ist der Abteilung „Hauptmann auf der Bühne“ vorbehalten, die ein besonderes Verdienst des Leiters des Theater-Museums Köln, Professor Dr. Kieffer, ist. Sie zeigt den Lebensweg des am härtesten umkämpften jungen Dramatikers, dem man bei der Erkauführung von „Vor Sonnenaufgang“ Geburtsgängen auf die Bühne warf, bis zu dem anerkanntem, dessen Werte in der ganzen Welt über die Bühnen gingen. Eine Kostbarkeit dieser Sammlung ist das Gemälde von Corinth, Rudolf Rittner als Florian Geyer zeigend, das sich im Besitz der Stadt Berlin befindet. Das Ringen der ersten Regieure, Bühnenbildner und Darsteller mit den Hauptmannschen Stoffen wird hier zum neuen Erlebnis. Die hingebende Arbeit der Provinz verzeichneten Statistiken, nach denen u. a. Breslau mit 816 Aufführungen Hauptmannscher Werke vertreten ist. Eine Vielfalt interessanter Bühnenbilder und Bühnenauffassungen der verschiedenen Regieure, Drehbühnenbauten und Modelle geben ein Stück Theaterkultur aus vier Jahrzehnten, das nicht nur auf Deutschland beschränkt ist.

Uraufführung in Baden-Baden.

Serman Roelvink: Egoisten. Lustspiel in drei Akten

Der holländische Autor Serman Roelvink, in seiner Heimat bekannt und beliebt, in Baden-Baden willkommenen Kurgast, hatte den städtischen Schauspielern sein dreiatziges Lustspiel „Egoisten“ zur alleinigen reichsdeutschen Uraufführung überlassen, die dieser Tage vorstatten ging. Die Egoisten, das sind die Vertreter der beiden Generationen, die einander gegenübergestellt werden, die Jungen und die Älteren, die in diesem Fall die Eltern sind. Es entspinnt sich keine überausenden oder aufregenden Konflikte, man lebt sich ein bißchen auseinander, weil man eigentlich zu sich selbst hin leben möchte, schließlich hat man „heimgefunden“, und alles ist in Butter. Nach einigen Seitenprüngen flammert sich jeder wieder an den ihm vertrauten Gefährten, und alles ist wie einst beim Alten. Nach einigen Ausdrücken aus der üblichen Bahn des wohltemperierten Bürgerlebens, verursacht teils durch eine unwohlmeinlich dumme Gans, teils durch einen ebenso blöden ostfriesen Schwäger, landen die hübsch paarweise Entgegensetzten treu und brav wieder in ihrer ordnungsgemäßen Zusammengehörigkeit. Wer zu egoistisch ist, soll wohl der simple Sinn sein, kommt um das Gut der Gemeinschaft (wie sie hier verstanden wird). Um das zu illustrieren werden Typen aufgeführt, die man aus der Sinfonie der gangbaren Schwänke zur Genüge kennt. Daß dazu ein weltanschauliches Rauderwisch verzapft wird, welches weder mit Humor, noch mit Witz oder gar mit tieferer Bedeutung mehr etwas zu tun hat, kann höchstens den Reizhaft interessieren, der es auf ein erträgliches Minimum zusammenzufügen sollte. Weder die Alten, noch erst recht die Jungen

reden so planlos und geschwollen, wie es uns diese Mächtigern Satire glauben machen will. Das Experiment, ein an und für sich ernsthaftes und aktuelles Thema lustspielhaft zu bagatelisieren, ist auf jeden Fall mißglückt. Für eine wahrhaftige Satire zu wenig verbindlich und liebenswürdig, für ein humorvolles Lustspiel zu wenig unterhaltsam und zu farblos, ergibt dieses Experiment mit ausgelagerten Bestandteilen und abgetandenen Mischungen nur eine höchst schwache Mischung.

Ob es dafür der Mühe wert war, dieses Stück erst aus der Fremdsprache zu überföhren, ist eine Frage, die sich von selbst beantworten dürfte. Frau Wajaja Klupp hat sich dieser Aufgabe unterzogen, wie man annehmen darf, mit Gelächel. Ingenieur wurde von Direktor Robert Klupp, der auch eine der Hauptrollen gewandt und liebenswürdig spielte. Ob alle Beteiligten immer zersöhnt waren, läßt sich nicht sagen. Die von Hagen, die lange jährige beliebte Darstellerin, erzielte als Gast aus Luzern und machte aus einer nahezu unglücklichen Figur eine geradezu sympathische Erscheinung. Paula Dite und Elsa Hellmer als höchst ungeliebte Kinder Evas sorgten für Spaß, eine neue Kraft des Ensemble, Rumbert Gensichen, für Tempo und Beweglichkeit, ohne in seiner Rolle viel mehr als eben dieses zeigen zu können. Die „danzbare“ Rolle hatte Werner Kurz, der sich auch hier als äußerst verwendbarer Darsteller erwies, und Carla Lindloff als Marianne fungierte mit seinem Takt als ruhender Pol der Mitternacht im aufgeregten Familienkreis. Das Publikum, woblzogen und in der „Großen Woche“ auch kaum aufgeleitet zu harter Kritik, dankte mit freundlichem Händeklatschen, das Autor und Darsteller an die Rampe rief.

Kleine Nachrichten aus Kunst und Wissenschaft.

Die jetzt in Biel (Mülheim-Baden) ansässige Kammergängerin Beatrice Sutter-Kotlar, die auch in diesem Sommer wieder eine Meisterklasse an der Internationalen Musikakademie in Salzburg geleitet hat, ist vom badischen Kultusministerium in die staatliche Prüfungskommission für Musik, und zwar für das Fach Gesang, auf drei Jahre berufen worden.

Die Witwe des bekannten Komponisten C. M. Fieher, Frau Marianne Fieher, ist in Wien im Alter von 75 Jahren an einer Herzlähmung plötzlich gestorben. Sie hat in den letzten Jahren von den Antimen der Operetten gelebt, die Fieher komponiert hatte. Die Freilichtaufführungen des Frankfurter Schauspielhauses auf dem Römerberg wurden am 31. August geschlossen. Die Aufführungen waren von insgesamt 75 000 Personen besucht. Es wurden 31 Mal „Argo“ und 16 Mal „Camont“ gespielt. Auf Grund des übermäßigen Erfolges werden die Aufführungen im nächsten Jahre wiederholt werden.

Der Berliner Philharmoniker auf dem internationalen Musikfest in Benedig. In Gegenwart des italienischen Kronprinzenpaars wurde das große internationale Musikfest in Benedig eröffnet. Deutschland kommt in dem Programm ehrenvoll zur Geltung und ist durch die Berliner Philharmoniker unter Furtwängler würdig vertreten.

Borgesefchte um das Konkordat.

In der dritten Septemberwoche wird der Badische Landtag zu seiner Herbstsession zusammentreten und sich, wie nunmehr festzulegen scheint, auch mit dem badischen Konkordat befassen. Das ein Konkordat mit der römischen Kurie — bei einem wohl gleichzeitigen Abschluß eines Vertrages mit der evangelischen Kirche — jetzt unmittelbar vor dem Abschluß steht, dürfte u. a. auch damit zusammenhängen, daß das Mandat des im Oktober 1929 gewählten Landtags im Herbst kommenden Jahres zum Erlöschen kommt und in der Regierungserklärung des damaligen Staatspräsidenten Dr. Schmitt zu Beginn des Jahres 1930 der Konkordatsabschluß als programmatisches Ziel der badischen Regierung und eine Aufgabe dieses Landtags bezeichnet wurde. Von Zeit zu Zeit wurde in Interpellationen im badischen Parlament und in der Presse die Konkordatsfrage aufgerollt, doch hat die Regierung es mit nichtsagenden Antworten bisher immer verstanden, allen Ausfragern gegenüber das Geheimnis um das Konkordat peinlich zu hüten.

Nun scheinen die Dinge so weit herangereift zu sein, daß der Landtag mit der Frage befaßt werden kann. Wie verlautet, weisen der badische Kultusminister Dr. Baumgartner, der Vorsitzende der badischen Zentrumsfraktion Dr. Föhr und ein hoher Vertreter des Freiburger Kapitels in den ersten Augusttagen in Rom, um mit Kardinalstaatssekretär Pacelli die letzten Verhandlungen über das Konkordat zu führen, über das auch im Staatsministerium wesentliche Einigung erzielt sein soll.

Die Tatsache, daß der Konkordatsentwurf nunmehr vorliegt, wird auch von führenden Zentrumsorganen zugegeben und nur erklärt, daß Dr. Föhr nicht als Vorsitzender der badischen Zentrumsfraktion und Führer der Landtagsfraktion, sondern als Sachverständiger der Erzdiözese Freiburg, zu den Beratungen in Rom hinzugezogen wurde. Ueber den geplanten Inhalt des Konkordats wird aber nach wie vor strenges Stillschweigen gewahrt.

Zu der Meldung, wonach sich der demnächst zusammentretende Landtag mit der Konkordatsfrage zu beschäftigen haben wird, bemerkt der „Volksfreund“, die Sozialdemokratie lege den größten Wert darauf, daß die zwischen der badischen Regierung und dem päpstlichen Stuhl getroffenen Abmachungen so rechtzeitig dem badischen Volke bekannt gegeben würden, daß es, bevor der Landtag seine Entscheidung fälle, in der Lage sei, über den Inhalt der Abmachungen sich ohne überflüssige Hilfe zu unterrichten und dazu sich zu äußern. Die Sozialdemokratie stehe dem Abschluß eines Vertrages zwischen dem Lande Baden und der Kurie keineswegs grundsätzlich ablehnend gegenüber, aber ein solcher Vertrag müsse, bevor er abgeschlossen werde, in seinem Wortlaut in aller Deutlichkeit bekannt werden.

Der Badische Landtag wird in der dritten Septemberwoche zusammentreten. Ein Tag für den Wiederzusammentritt ist vom Landtagspräsidenten noch nicht endgültig bestimmt worden.

Die Rechnungsergebnisse der badischen Gebäudeversicherungsanstalt.

Die Badische Gebäudeversicherungsanstalt veröffentlicht die Rechnungsergebnisse für das Jahr 1931. Die Rechnung schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 18 952 409 Mk. ab gegen ein Jahreslohn in Einnahmen von 38 938 782 Mk. und in Ausgaben von 23 281 987 Mk. Das Reinvermögen belief sich auf Jahresabschluss auf 21 868 639 Mk. In dem 20 994 339 Mk. betragenden Betriebs- und Ausgleichsfonds ist die erst im Jahre 1932 eingehende Umlage mit voraussichtlich rund 8 Millionen Mark enthalten, jedoch das am 31. Dezember 1931 verfügbare Vermögen rund 12,9 Millionen Mk. beträgt.

Einen Kassenbolzen beraubt.

Willingen, 5. Sept. In das hiesige Krankenhaus wurde ein Kassenbolzen aus einer Nachbarstadt in schwerverletztem Zustande eingeliefert, der das Opfer eines Raubüberfalles geworden war. Der Kassenbolzen hatte bei der Post 3000 RM abgeholt. Als er die Schalterkassette verlassen hatte, wurde er von einem Unbekannten niedergeschlagen und beraubt.

Gemeinde-Umschau.

Furtwängener Gemeindefragen.

Aufruf zur Nothilfe. — Der Bürgermeister diktiert.

— Furtwangen, 2. Sept. Schon jetzt erläßt die Stadtverwaltung einen Aufruf an die ganze Einwohnerschaft, die Wohltätigkeitsvereine und an die caritativen Organisationen, mitzuhelfen durch Geld- und Sachspenden die gegenwärtige und die kommende Not zu lindern. Gleichzeitig wird aufgefordert, daß sich Frauen und Mädchen unter 25 Jahren melden zu einem freiwilligen Arbeitseinsatz, bei dem die Sachspenden, Kleider und Wäsche, für die Hilfsbedürftigen in geeigneter Weise hergerichtet werden sollen. — Bekanntlich hat der Gemeinderat den Voranschlag, der 500 000 Mark Ausgaben und einen ungedeckten Aufwand von 130 000 Mark aufweist abgelehnt. Infolgedessen sah sich der Bürgermeister gezwungen, in einer Anordnung auf Grund der bad. Haushaltsnotverordnung Maßnahmen zur Erreichung des Ausgleichs des Haushalts zu treffen. Er hat daher die Bürgersteuer für 1932 auf den dreifachen Landesatz, sowie die Getränkesteuer auf 10 Prozent der Kleinhandelspreise ab 1. Sept. erhöht.

r. Neilingen, 5. Sept. Voranschlag für das Rechnungsjahr 1932/33 steht an Einnahmen 197 857 Mk. und an Ausgaben 252 962 Mk. vor, jedoch ein ungedeckter Aufwand von 55 105 Mk. verbleibt. Zu dessen Deckung werden erhoben: 1,19 Mk. vom Grundvermögen, 0,46 Mk. vom Betriebsvermögen und 8,55 Mk. vom Gewerbeertrag. Ferner ist die Erhöhung der Bier- und Bürgersteuer auf das Doppelte der staatlichen Grundbeträge und die Einführung der Getränkesteuer vorgesehen — in der Hauptsache die Folge der stark überhandgenommenen Fürtorforgelasten. Da der Gemeinderat den Voranschlag mit der sich aus ihm ergebenden großen Belastung ablehnte, hat ihn der Bürgermeister auf Grund der bad. Notverordnung in Kraft gesetzt.

r. Mühlbach, 5. Sept. (Einführung von Bettlerscheids.) Um der überhandnehmenden Bettlerplage in etwas zu steuern, hat die Gemeindeverwaltung nach dem erprobten Beispiel anderer Gemeinden auch hier sogenannte Bettlerscheids eingeführt, deren Hauptvorteil darin liegt, daß das im Orte gebettete Geld wieder im Orte ausgegeben werden muß, ganz abgesehen davon, daß viele Fürtorfürer prinzipielle Gegner der Gemeinden mit Bettlerscheids sind und diese daher verschonen.

Z. Duppau, 3. Sept. (Aus dem Gemeinderat.) An Stelle des infolge Ausscheidens aus dem Gemeinderat auch aus dem Verwal-

tungsrat der Sparkasse ausgeschiedenen Gemeinderats Maß wurde sein Erzhmann Andreas Bruder als Mitglied des Verwaltungsrats der Städtischen Sparkasse ernannt.

Y. Dundenheim b. Lahr, 2. Sept. (Abgelehnter Voranschlag.) Der Gemeinderat hat den Voranschlag mit vier gegen drei Stimmen abgelehnt, weil er die neuen Lasten nicht bewilligen wollte. Der Gemeindeverwaltung war von der Staatsaufsichtsbehörde die Auflage erteilt worden, zum Ausgleich der Gemeindefinanzen die Gemeindeumlage um neun Pfennig zu erhöhen und die Bürgersteuer einzuführen.

Freiburg i. Br., 1. Sept. (Rechter Rückgang der Fürtorforgempfehlung.) Die Zahl der vom Städt. Fürtorforgamt laufend und einmalig unterstützten Parteien hat sich im Monat Juli 1932 gegenüber dem Vormonat um 211 verringert. Die Zahl der Kopie ist um 568 zurückgegangen. Unterstützt wurden 8208 Parteien mit rund 16 430 Köpfen mit einem Aufwand von rund 466 000 RM. Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen hat von 2534 auf 2751 zugenommen. Ferner wurden im Juli 1313 Erwerbslose (i. Vormonat 1559), die Erwerbslosen- bzw. Krisenfürsorge bezogen, zusätzlich unterstützt.

Venzlitz, 3. Sept. (Wiederbelebung der Venzlitzer Uhrenindustrie.) Von privater Seite soll der Versuch unternommen werden, die schon seit einigen Jahren stillliegende, einst so blühende Venzlitzer Uhrenindustrie wieder zu neuem Leben zu erwecken. Es ist geplant, im Wege der Zeichnung bzw. der Uebernahme von Anteilscheinen die Mittel zur Wiederaufnahme der Uhrenfabrikation zu gewinnen. Eine vom Gemeinderat einberufene Bürgerversammlung soll sich demnächst mit diesen Fragen befassen. Man hofft, daß es möglich sein wird, die Uhrenfabrikation in Venzlitz wieder in Gang zu bringen.

s. Stadach, 3. Sept. (Finanzierung des Kirchenbaues.) In einer gestern abend stattgefundenen Beratsammlung teilte Stefan Kern mit, daß es jetzt gelungen ist durch Vermittlung eines Treuhändlers in Vaduz den noch erforderlichen Beitrag zur Vollendung und Bezahlung des Baues in Höhe von 100 000 Mk zu erhalten, der mit 6 Proz. zu verzinsen und 2 Proz. amortisiert werden muß. Bekanntlich waren die Gelder bei einer deutschen Bank nicht zu erhalten. Die Schuld muß in Frankenwährung heimbezahlt werden. Hierzu mußten eine Anzahl Bürger Ertragsbürgschaft übernehmen, die sofort notariell bestätigt wurde. In der Zukunftsmfrage soll die Entscheidung durch den Erzbischof unmittelbar bevorstehen.

Orthopädenkongress in Mannheim.

Mannheim, 5. September. Am Montag wurde hier die Tagung der Deutschen Orthopädischen Gesellschaft eröffnet, der etwa 300 Mitglieder aus allen Teilen Deutschlands, die Vertreter befreundeter Organisationen im Ausland anwohnen. Der Vorsitzende der Deutschen orthopädischen Gesellschaft Dr. Stoffel-Mannheim behandelte in seiner Eröffnungsrede die sozialen Aufgaben der Orthopädie. Diese habe sich mehr und mehr in den Dienst der Allgemeinheit gestellt, wie aus der Krüppelfürsorge, aus der Tätigkeit bei der Wohlfahrtspflege, aus der Versorgung der Kriegsbeschädigten und Unfallverletzten, aus der Bekämpfung und Verhütung der Körperkürben bei der heranwachsenden Jugend herzugehe. Besonders Interesse nehme die soziale Orthopädie an der sozialen Hygiene im engeren Sinne, z. B. an der Gewerbehigiene.

Namens des Reichsarbeitsministeriums sprach Professor Dr. Martinet-Berlin, darauf hinweisend, es gelte die Fürsorge unserer heutigen Armut anzupassen, zumal die Orthopädie für die Erhaltung und Wiederherstellung der Arbeitskräfte von besonderer Bedeutung sei. Es folgten weitere Begrüßungsansprachen der badischen Behörden- und Ärztevertreter. Geh. Medizinalrat Professor Dr.

Die tzsch-Berlin, Ehrenmitglied der Gesellschaft, wies auf die Verbundenheit zwischen Orthopädie und Krüppelfürsorge hin.

Nach diesen Begrüßungsansprachen trat der Kongress in seine Verhandlungen ein.

Kundgebung weibl. Angestellten zur Wirtschaftsnot.

— Lahr, 5. Sept. Die Bezirke Oberbaden und Mittelbaden im Gau Südwest des Verbandes weiblicher Handels- und Büroangestellten, der dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossen ist, hielten im Mittelpunkt einer hier abgehaltenen Kundgebung eine öffentliche Kundgebung ab, zu der sich über 300 weibliche Angestellte aus allen Teilen Südb- und Mittelbadens eingefunden hatten. Vertreter verschiedener Behörden und von Frauenverbänden hatten sich ebenfalls eingefunden. Nach einer Begrüßungsansprache der Leiterin des Gau, Frä. Hilbert-Karlstrube sprach die erste Verbandsvorsitzende, Frä. Katharina Müller-Berlin, über das Thema „Gegen Berufsnot und Arbeitslosigkeit“.

Ein schwerer Motorradzusammenstoß.

Ein Toter und ein Schwerverletzter.
Mannheim, 5. Sept. Am Sonntag abend liefen an einer Straßenkreuzung ein Motorradfahrer und ein Personenkraftwagen zusammen. Hierbei erlitt der Kraftwagentreiber, der 44 Jahre alte verheiratete Kaminbauer Karl Schuster aus Wallstadt einen Schädelbruch, dem er alsbald erlag. Sein Soziusfahrer, ein 82jähriger verwitweter Schneider, erlitt schwere Verletzungen. Der Führer des Kraftwagens blieb unverletzt.

Eberbach, 5. Sept. (Tödl. verunglücktes Kind.) Der Kraftwagen eines Ludwigshafener Chemikers fuhr eine 10 Meter hohe Böschung hinunter. Dabei kam das vierjährige Mädchen unter den Wagen zu liegen und wurde getötet. Die übrigen Insassen wurden nur leicht verletzt.

Mannheim, 6. September. (Das spielende Kind auf der Straße.) In Rheinau sprang ein dreijähriger Knabe beim Spielen plötzlich über die Fahrbahn und wurde von einem Personenkraftwagen erfasst. Der Knabe erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

Diersheim bei Rehl, 5. Sept. (Im Rhein ertrunken.) Zwei Lehrer badeten hier im Rhein, nachdem sie vorher Tennis gespielt hatten. Etwa sechs Meter vom Ufer entfernt verließen den Lehrer Flegel aus Forstheim plötzlich die Kräfte. Sein Kollege wollte ihm Hilfe leisten, er kam aber selbst in Gefahr, da ihn der Ertrinkende mit in die Tiefe riß. Nur mit größter Mühe gelang es dem Retter, sich selbst zu befreien. Vor den Augen seiner am Ufer stehenden Frau verschwand Flegel in den Fluten des Rheins.

Obstmärkte.
Mühl. 3. Sept. Obstmärkte. Mirabellen 21—22, Pfirsiche 18—22, Frühzwetschen 10—11, Birnen 9—14, Äpfel 6—10 Pfg. je Fund.
Dierlitz, 3. Sept. Obstmärkte. Pfäfen 5—6, Zwetschen 8—11, Mirabellen 17—20, Äpfel 5—12, Birnen 10—17, Pfirsiche 15—25, Bohnen 10—12 Pfg. per Fund. Gurken 3—4 Pfg. je Stüd. Gesamtumsatz etwa 350 Zentner.

Zunehmende Bewölkung.

Am Samstag blieb das Wetter bei uns föhig heiter mit Temperaturen bis zu 28 Grad in der Ebene. Sonntag vormittag erfolgte ein Einbruch polarer Luft unter verbreiteten Regenfällen. Nachmittags wurde dann das Wetter bei ablaufenden Winden wieder meist heiter. In der Nacht auf Montag sanken die Temperaturen bis zu wenigen Graden über Null, im Freien traten zum Teil bereits leichte Bodenfrost auf.

Gegenwärtig liegt ein von der Kaltluft aufgebautes Zwischenhoch über dem mitteleuropäischen Festland. Westlich von England zieht jedoch eine neue Störung heran, mit deren Einfluß Dienstag gerechnet werden muß.

Wetterausichten für Dienstag, den 6. September 1932: Zunehmende Bewölkung, aufziehende südwestliche Winde, später auch leichtere Niederschläge. Am Tage warm.

Der Eberbacher Kuckucksmarkt.

Eberbach, 5. Sept. Eberbach prangt im Flaggenjuch, denn es feiert seinen alljährlich wiederkehrenden Kuckucksmarkt, allen Bewohnern zum Trost, auch in diesem Jahr. Die Vorbereitungen waren von Stadt und Verkehrsverein auf das Beste getroffen, so daß am Samstag nachmittag die offizielle Eröffnung stattfinden konnte. Hierzu hatten sich zusammen mit den offiziellen Vertretern auch zahlreiche Gäste von auswärts eingefunden. Nach dem Einmarsch des Festwirtes mit seinen bayerischen Dirndlern und der Oberländerkapelle Michael-Keller auf dem Festgelände am Redarauer, wurden die Tore geöffnet und der allgemeine Markt begann. Vor der Ausstellungshalle begrüßte Bürgermeister Dr. Weisch die vielen Gäste, insbesondere die von auswärts zur Eröffnung gekommenen Ehrengäste, dankte dann allen Mithelfern am Gelingen des Kuckucksmarktes. Der diesjährige Kuckucksmarkt habe seine besondere Geschichte, sagte das Stadtoberhaupt, denn man hätte ihn nicht zum Kummelplatz sondern zu einer Zelle des wirtschaftlichen Aufbaues machen wollen. Wer den Mut zum Aufbau verliere, der verdiene unterzugehen. Eberbach und seine Umgebung sei durch Maßnahmen der Regierung infolge Stellenabbaues schwer geschädigt worden. Unverständlich sei, daß man die Grenzen des Bezirksamtes Heidelberg unmittelbar vor die Tore Eberbachs lege. Von den rund 70 Kilometern Gemeindegrenzen seien ungefähr 25 Kilometer Landesgrenze, 25 Kilometer Bezirksamtsgrenze. An die Vertreter der Staatsbehörden richtete er die Bitte, der Schaffung eines Hinterlandes für Eberbach dienlich zu sein, und die Grenzen mehr nach Osten zu verlegen. Die Verbindung mit den umliegenden Dörfern zu erhalten sei die Aufgabe der Stadt. Dazu sei auch der Markt geschaffen, der auf die Bedürfnisse der Umgebung weitgehend Rücksicht nehme und der in der Hauptlage Erzeugnisse der Umgebung Eberbachs ausstelle. Die bisherigen Märkte hätten den richtigen Kontakt gefunden zum Volk und Fremden beider Teile. Dies gebe die Lösung zum Kuckucksmarkt 1932. Die Ausstellung gibt einen Einblick in die Oberrheinischen Erzeugnisse. Sonderkulturen wie Holzausstellung (mit Hölzern aus dem Eberbacher Stadl, dem Grobherzoglichen und Fürstl. Leiningenschen Wäldern), die Jagdausstellung mit Tropfstein aus dem Denndal und u. a. auch mit dem letzten in Eberbach geschlossenen Wolf, eine vom Unterländer Fischereiverein unterstützte Fischausstellung zeigen die wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung Eberbachs und Umgebung, und fanden bei dem

Rundgang im Anschluß an die Eröffnungsfeier starkes Interesse. Der Besuch des Marktes war schon am Samstag gut und selbst der Sonntag brachte trotz des am Morgen gefallenen Regens ansehnlichen Fremdenverkehr. Die zahlreichen Verkaufsstellen machten trotz der schlechten Zeiten kein schlechtes Geschäft und auf dem Zuzug fand sich die Jugend zahlreich ein. Der Sonntag war der Tag der Landwirte, mit Viehausstellung, Prämierungen und Viehmarkt.

Deutsche Forstleute besichtigen bad. Waldungen

Juchensfeld (bei Forstheim), 5. Sept. Vom 28. August bis 3. September hielt der Deutsche Forstverein in Stuttgart seine Jahresversammlung ab. Sie war besucht von über 600 Forstleuten, darunter zahlreichen führenden Forstwirtschaftlern des In- und Auslandes. Zur Erörterung standen vor allem die verschiedenen Systeme der Waldverjüngung und des Waldschutzes. Ergänzt wurden die Vorträge durch Besichtigungen in der näheren und weiteren Umgebung des Tagungsortes. Auf badischem Gebiet wurde der Bezirk Juchensfeld besucht, wo vor etwa zwei Jahrzehnten der damalige Forstmeister und spätere Landesforstmeister Karl Hipp mit der Durchföhrung seines Systems der natürlichen Waldverjüngung begonnen hat, die unter schonendster Lichtung der alten Bestände zugleich einen Schutz der geschützten Fläche gegen Sturmschäden bedeutet. Ein weiterer Vorzug dieses „Keilschirmsystems“ besteht darin, daß diese Methode auf die Dauer wesentlich weniger kostet, als die alte Form der Waldbewirtschaftung, die fast ausschließlich mit Baumschulen arbeitet unter beinahe gänzlicher Ausschaltung der natürlichen Besamung durch den Samenfall vom alten Baubestand. Juchensfeld wurde gewählt, weil sich hier die beste Möglichkeit bot, die übrigen in Deutschland gepflegten Arten der Forstverjüngung und des Sturmschutzes mit dem noch jungen badischen System zu vergleichen. Die Teilnehmer an der Besichtigung, darunter auch Ausländer, waren der Ansicht, daß der Keilschirmsystem der Vorzug vor anderen deutschen Waldpfögearten verdient. Der Vorsitzende des deutschen Forstvereins Ministerialrat Dr. Rappes-München ging dahin durch gemeinsame Richtlinien auf Grund der bei der Besichtigung gewonnenen Erfahrungen wenigstens in den süddeutschen Ländern durch gemeinsame Richtlinien eine einheitliche Waldbewirtschaftung herbeizuföhren.

BUSSING MAG

LASTKRAFTWAGEN für alle Zwecke
OMNIBUSSE in jeder Größe

Auf Grund dreißigjähriger Erfahrung überlegene Wirtschaftlichkeit und unerreichte Leistung im Betrieb

DER DEUTSCHE QUALITÄTS-NUTZWAGEN

General-Vertretung: **MAG** Mittelbadische Automobil-Gesellschaft m. b. H. • Karlsruhe i. B. • Kaiser-Allee 62 • Fernruf: 6648 und 6649

Südwestdeutsche Industrie- und Wirtschafts-Zeitung

Wieder ein Rekordtag an der Börse.

Kurssteigerungen auf der ganzen Linie. — Umfangreiche Käufe des Publikums.

Berlin, 5. Sept. (Frankfurt) Das Geschäft an den Effektenmärkten wird täglich lebhafter. Die Börse hatte heute einen neuen Rekordtag. Bei außerordentlich umfangreichen Käufen des Publikums machte die Kurssteigerung auf allen Gebieten weitere Fortschritte. Unter Führung von Harben, die bei einem Umsatz von einer halben Million Mark mit einer Steigerung von 4 Prozent den Parikurs überstiegen, ergaben sich auf der ganzen Linie Kurssteigerungen von 1 bis 2 Prozent. Im Mittelschnitt des Tages stiegen die Kurse um 1,5 Prozent. Im Mittelschnitt des Tages stiegen die Kurse um 1,5 Prozent. Im Mittelschnitt des Tages stiegen die Kurse um 1,5 Prozent.

mus entgegen. Die Börse hatte heute einen neuen Rekordtag. Bei außerordentlich umfangreichen Käufen des Publikums machte die Kurssteigerung auf allen Gebieten weitere Fortschritte. Unter Führung von Harben, die bei einem Umsatz von einer halben Million Mark mit einer Steigerung von 4 Prozent den Parikurs überstiegen, ergaben sich auf der ganzen Linie Kurssteigerungen von 1 bis 2 Prozent. Im Mittelschnitt des Tages stiegen die Kurse um 1,5 Prozent. Im Mittelschnitt des Tages stiegen die Kurse um 1,5 Prozent.

Geld- und Devisenmarkt.

Berlin, 5. Sept. (Frankfurt) Tagesgeld entspannte sich auf 5 1/2 Prozent.

Berliner Devisennotierungen vom 5. September 1932.

Währung	3. Sept.	5. Sept.	3. Sept.	5. Sept.
London	0,918	0,922	21,60	21,64
Paris	3,776	3,784	6,693	6,707
Brüssel	0,008	0,009	41,92	42,04
Amsterdam	0,959	0,961	75,32	75,48
Frankfurt	14,99	15,03	13,31	13,33
Wien	14,61	14,65	73,23	73,28
Madrid	4,209	4,217	16,49	16,53
Barcelona	0,321	0,323	12,465	12,468
Lissabon	1,738	1,742	65,68	65,82
Genève	69,58	69,92	79,72	79,78
Basel	2,697	2,703	81,49	81,41
Zürich	6,34	6,36	3,057	3,057
Brüssel	2,518	2,524	33,87	33,87
Amsterdam	81,97	82,13	74,92	75,08
Frankfurt	6,274	6,286	51,95	52,05

Die harte Nachfrage am Einheitsmarkt und die unverminderte Nachfrage am Rentenmarkt, was Kursgewinne von 2 bis 4 Prozent, oft bei starker Abwärtsbewegung der Rendite, was die Kurse auf 1 bis 2 Prozent senkte. Die harte Nachfrage am Einheitsmarkt und die unverminderte Nachfrage am Rentenmarkt, was Kursgewinne von 2 bis 4 Prozent, oft bei starker Abwärtsbewegung der Rendite, was die Kurse auf 1 bis 2 Prozent senkte.

Frankfurt, 5. Sept. (Frankfurt) Die Abendbörse zeigte bei lebhaftem Verkehr auf fast allen Märkten wieder eine aussergewöhnliche Festigkeit. Das Publikum ist immer noch mit zahlreichen Enderis beschäftigt. Die harte Nachfrage am Einheitsmarkt und die unverminderte Nachfrage am Rentenmarkt, was Kursgewinne von 2 bis 4 Prozent, oft bei starker Abwärtsbewegung der Rendite, was die Kurse auf 1 bis 2 Prozent senkte.

Berliner Devisennotierungen am Usancenmarkt.

Währung	3. Sept.	5. Sept.	Kabel New York	3. Sept.	5. Sept.
London	3,9	5,9	Ägypten	5,16	5,17
Paris	3,47	3,47	Indonesien	2,48	2,47
Brüssel	25,03	25,095	Indonesien	8,92	8,92
Amsterdam	8,6	8,6	Indonesien	4,213	4,213
Frankfurt	67	67	Indonesien	5,4	5,4
Wien	43,2	43,2	Indonesien	4,4	4,4
Madrid	19,38	19,38	Indonesien	5,4	5,4
Genève	19,94	19,95	Indonesien	5,4	5,4

Die harte Nachfrage am Einheitsmarkt und die unverminderte Nachfrage am Rentenmarkt, was Kursgewinne von 2 bis 4 Prozent, oft bei starker Abwärtsbewegung der Rendite, was die Kurse auf 1 bis 2 Prozent senkte. Die harte Nachfrage am Einheitsmarkt und die unverminderte Nachfrage am Rentenmarkt, was Kursgewinne von 2 bis 4 Prozent, oft bei starker Abwärtsbewegung der Rendite, was die Kurse auf 1 bis 2 Prozent senkte.

Frankfurt, 5. Sept. (Frankfurt) Die harte Nachfrage am Einheitsmarkt und die unverminderte Nachfrage am Rentenmarkt, was Kursgewinne von 2 bis 4 Prozent, oft bei starker Abwärtsbewegung der Rendite, was die Kurse auf 1 bis 2 Prozent senkte. Die harte Nachfrage am Einheitsmarkt und die unverminderte Nachfrage am Rentenmarkt, was Kursgewinne von 2 bis 4 Prozent, oft bei starker Abwärtsbewegung der Rendite, was die Kurse auf 1 bis 2 Prozent senkte.

Zürcher Devisennotierungen vom 5. September 1932.

Währung	3. Sept.	5. Sept.	3. Sept.	5. Sept.	
London	20,24	20,27	Belgien	8,15	8,15
Paris	17,94	18,00	Frankreich	3,20	3,17
Brüssel	516,62	517,25	Frankreich	2,48	2,48
Amsterdam	72,57	72,57	Frankreich	3,05	3,05
Frankfurt	26,48	26,48	Frankreich	7,69	7,70
Wien	41,60	41,57	Frankreich	1,10	1,10
Madrid	207,80	208,07	Frankreich	1,17	1,17
Genève	122,77	122,82	Frankreich	1,19	1,19

Die harte Nachfrage am Einheitsmarkt und die unverminderte Nachfrage am Rentenmarkt, was Kursgewinne von 2 bis 4 Prozent, oft bei starker Abwärtsbewegung der Rendite, was die Kurse auf 1 bis 2 Prozent senkte. Die harte Nachfrage am Einheitsmarkt und die unverminderte Nachfrage am Rentenmarkt, was Kursgewinne von 2 bis 4 Prozent, oft bei starker Abwärtsbewegung der Rendite, was die Kurse auf 1 bis 2 Prozent senkte.

Frankfurt, 5. Sept. (Frankfurt) Die harte Nachfrage am Einheitsmarkt und die unverminderte Nachfrage am Rentenmarkt, was Kursgewinne von 2 bis 4 Prozent, oft bei starker Abwärtsbewegung der Rendite, was die Kurse auf 1 bis 2 Prozent senkte. Die harte Nachfrage am Einheitsmarkt und die unverminderte Nachfrage am Rentenmarkt, was Kursgewinne von 2 bis 4 Prozent, oft bei starker Abwärtsbewegung der Rendite, was die Kurse auf 1 bis 2 Prozent senkte.

Täglich Geld 1 Prozent. Monatsgeld — 3 Monatsgeld 1 1/2 Prozent.

Auch Frankfurt sehr fest.

Frankfurt, 5. Sept. (Frankfurt) Auch am Börsenbeginn zeigte sich die seit langem sehr feste Börsenbewegung weiter fort bei teilweise sehr beträchtlichen Kurssteigerungen. Man ist außerordentlich zuversichtlich gestimmt und sieht der nächsten Zukunft mit außerordentlichem Optimismus entgegen.

Amsterdamer Schlussbörse.

Amsterdam, 5. Sept. (Frankfurt) Die harte Nachfrage am Einheitsmarkt und die unverminderte Nachfrage am Rentenmarkt, was Kursgewinne von 2 bis 4 Prozent, oft bei starker Abwärtsbewegung der Rendite, was die Kurse auf 1 bis 2 Prozent senkte. Die harte Nachfrage am Einheitsmarkt und die unverminderte Nachfrage am Rentenmarkt, was Kursgewinne von 2 bis 4 Prozent, oft bei starker Abwärtsbewegung der Rendite, was die Kurse auf 1 bis 2 Prozent senkte.

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 5. Sept. (Frankfurt) Amtliche Produktionsnotierungen (für Getreide und Mehl) im Vergleich mit den Notierungen vom 4. Sept. (1932): Weizen (200-200), Markt, Sommerweizen 80-81 Rho 215-217 (214-216), Sept. 225-224,5 (225), Okt. 225,5-225 Brief (225,50), Sept. 225,5-225 (226), März 221-220, Tendenz rubig; Roggen (212-211), Markt, Winterroggen 104-104,5 (104-104,5), Sept. 175-175,5 (175), Okt. 175,5-175,5 (177), März 174-174,5 (174), Tendenz rubig; Hafer (175-175), Markt, Sommerhafer 175-175,5 (175-175,5), Sept. 175-175,5 (175), Okt. 175,5-175,5 (177), März 174-174,5 (174), Tendenz rubig; Weizenmehl 25-30,4 (25 bis 30,4), Tendenz behauptet; Roggenmehl 22-24,25 (22-24,25), Tendenz behauptet; Weizenklein 9,7-10,2 (9,7-10,2), Tendenz rubig; Roggenklein 8,25-8,75 (8,25-8,75), Tendenz rubig.

Berliner Kassakurse vom 5. Sept. 1932.

Reich und Staaten	3. Sept.	5. Sept.	Reich und Staaten	3. Sept.	5. Sept.
100 Reichsmark	100	100	100 Reichsmark	100	100
100 Reichsmark	100	100	100 Reichsmark	100	100
100 Reichsmark	100	100	100 Reichsmark	100	100

Amsterdamer Schlussbörse.

Reich und Staaten	3. Sept.	5. Sept.	Reich und Staaten	3. Sept.	5. Sept.
100 Reichsmark	100	100	100 Reichsmark	100	100
100 Reichsmark	100	100	100 Reichsmark	100	100
100 Reichsmark	100	100	100 Reichsmark	100	100

Berliner Schlussbörse im variablen Verkehr

Reich und Staaten	3. Sept.	5. Sept.	Reich und Staaten	3. Sept.	5. Sept.
100 Reichsmark	100	100	100 Reichsmark	100	100
100 Reichsmark	100	100	100 Reichsmark	100	100
100 Reichsmark	100	100	100 Reichsmark	100	100

Frankfurter Kassakurse vom 5. Sept.

Reich und Staaten	3. Sept.	5. Sept.	Reich und Staaten	3. Sept.	5. Sept.
100 Reichsmark	100	100	100 Reichsmark	100	100
100 Reichsmark	100	100	100 Reichsmark	100	100
100 Reichsmark	100	100	100 Reichsmark	100	100

Amsterdamer Schlussbörse.

Reich und Staaten	3. Sept.	5. Sept.	Reich und Staaten	3. Sept.	5. Sept.
100 Reichsmark	100	100	100 Reichsmark	100	100
100 Reichsmark	100	100	100 Reichsmark	100	100
100 Reichsmark	100	100	100 Reichsmark	100	100

Berliner Schlussbörse im variablen Verkehr

Reich und Staaten	3. Sept.	5. Sept.	Reich und Staaten	3. Sept.	5. Sept.
100 Reichsmark	100	100	100 Reichsmark	100	100
100 Reichsmark	100	100	100 Reichsmark	100	100
100 Reichsmark	100	100	100 Reichsmark	100	100

